

Informationen und Meinungen

Ein Informationsservice des
DEBRIV
Bundesverband Industrie

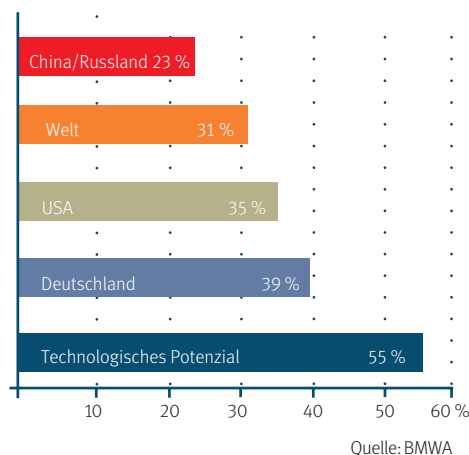
2 | 2004

ENERGIEPOLITIK

Verlässlichkeit und Innovation sind gefordert

Berlin - „Energiepolitik darf nicht zum Investitionshindernis werden, sondern muss auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein,“ erklärte Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement zum Auftakt des internationalen Kongresses ‚Innovative Technologien zur Stromerzeugung‘ am 10. Mai in Berlin. Verlässlichkeit sei in der Energieversorgung oberstes Gebot. Ressourcen und die daraus erzeugte Energie müssen sicher verfügbar und die Ausbeute „möglichst hoch“ sein. Gleichzeitig dürfen die Kosten „nicht in den Himmel wachsen. Gegenwart und mittelfristige Zukunft liegen bei den fossilen Energien“, so der Minister. Deshalb habe die Bundesregierung das nationale Forschungs- und Entwicklungskonzept für emissionsarme Kohle- und Gaskraftwerke COORETEC ins Leben gerufen. Clement erinnerte daran, dass in Deutschland und in Europa mit einem erheblichen Ersatz- und Neubaubedarf im Kraftwerkssektor zu rechnen ist, da in großem Umfang Anlagen aus den sechziger und siebziger Jahren ersetzt werden müssen. Gleichzeitig erhöhe die Einführung des Emissionshandels für Kohlendioxid ab dem kommenden Jahr „den Druck zur CO₂-Vermeidung.“ Kohlekraftwerke haben nach Ansicht Clements die besten Zukunftschancen, wenn sie mit „wirtschaftlichem Klimaschutz punkten können.“ Es gelte, Optionen zu schaffen, die es gestatten, Kohle und Gas in Zukunft nicht nur höchst effizient und kostengünstig zu verstromen, sondern auch weitgehend emissionsfrei. Clement führte als Beispiel das neue Braunkohlenkraftwerk am Standort Niederaußem an. Mit einem Wirkungsgrad von über 43 Prozent sei nicht nur eine CO₂-Minderung von über 2,5 Millionen Tonnen gelungen. Gleichzeitig werden die Rauchgase zu 100 Prozent entstaubt, zu 90 Prozent entschwefelt und von 70 Prozent der Stickoxide befreit. Die Bundesregierung geht davon aus, dass in der Kraftwerkstechnik gegenüber dem Stand der Technik zusätzliche Effizienzpotenziale von bis zu 20 Prozent erschließbar sind. Im Rahmen von COORETEC sollen aber auch Kraftwerkskonzepte erarbeitet werden, „mit denen eine kostengünstige und verlustarme Kohlendioxid-Abtrennung am Kraftwerk und eine anschließende sichere Speicherung des Kohlendioxids möglich wird,“ erklärte der Minister. ■

Durchschnittliche Wirkungsgrade von Steinkohlekraftwerken im Jahre 2002

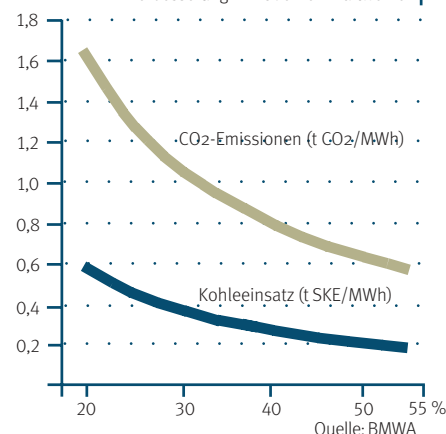


KLIMASCHUTZ

Ausgleich mit Industrie

Berlin – Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement fordert einen „vernünftigen Ausgleich zwischen den Anforderungen des Klimaschutzes und den legitimen Interessen der investierenden Wirtschaft“. Clement lobte den „guten und tragfähigen Kompromiss“ über die Ausgestaltung des EU-weiten Emissionshandels in Deutschland. Sein persönliches Ziel sei es gewesen, der Industrie keine Wettbewerbsnachteile gegenüber den europäischen Konkurrenten aufzubürden. Es sei erfreulich, dass die Unternehmen in der ersten Phase des Emissionshandels lediglich „entlang des Kyoto-Pfades“ reduzieren müssen „und nicht etwa mehr.“ Der Nationale Allokationsplan (NAP) sei durchzogen „vom roten Faden der Wachstumsverträglichkeit.“ Clement bemängelte

CO₂-Reduktion durch Wirkungsgrad-Verbesserung in modernen Kraftwerken

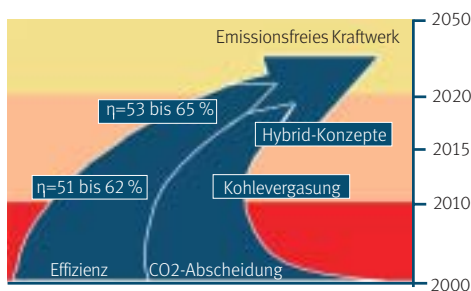


die unkoordinierte Abgabe der verschiedenen Allokationspläne bei der EU-Kommission und befürchtet Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen, wie der Stahlindustrie. Vor der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes über den Nationalen Allokationsplan werde die Bundesregierung eine sorgfältige Prüfung der NAP aller anderen EU-Staaten durchführen. Der Emissionshandel, so Clement weiter, müsse so ausgestaltet werden, dass in Deutschland auch künftig „grundlasttaugliche Kraftwerke in ausreichender Zahl gebaut werden.“

STROMERZEUGUNG

Doppelstrategie für Kraftwerkserneuerung

Forschungs- und Entwicklungskonzept für emissionsarme fossil befeuerte Kraftwerke

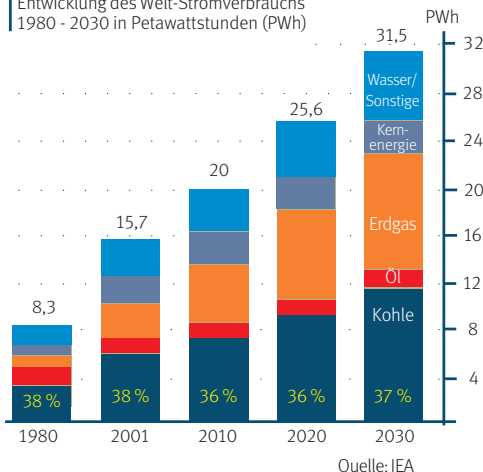


Berlin – Die Bundesregierung will sicherstellen, dass der ab 2010 absehbare Ersatz- und Neubaubedarf im Kraftwerkssektor auf möglichst hohem technischen Niveau durchgeführt wird. Für die notwendige Forschungs- und Entwicklungsarbeit sollen künftig pro Jahr bis zu 50 Millionen Euro von Politik und Wirtschaft bereit gestellt werden, erklärte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Georg-Wilhelm Adamowitsch anlässlich des internationalen Kongresses 'Innovative Technologien zur Stromerzeugung' in Berlin. Das Konzept schließe auch die längerfristige Entwicklung CO₂-emissionsfreier Kraftwerke ein. Die Bundesregierung gehe dabei davon aus, dass trotz aller Bemühungen zum Ausbau der regenerativen Energiequellen auf absehbare Zeit sowie unter Berücksichtigung des Ausstiegs aus der Kernenergie der Einsatz fossiler Energieträger unverzichtbar ist.

Die Bundesregierung rechnet in den kommenden 20 Jahren mit einem weltweiten Anstieg des Strombedarfs um 70 Prozent. Erforderlich sind hierfür zusätzliche Kraftwerkskapazitäten von mindestens 2 000 Gigawatt (GW). Mindestens zwei Drittel des künftigen weltweiten Strombedarfs werden fossile Energieträger decken. Die Fortentwicklung der Kraftwerkstechnik stelle deshalb eine der größten Herausforderungen zur Deckung des Weltenergiebedarfs dar. Die Modernisierung des Kraftwerksparks biete zudem die Möglichkeit, bis zu 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid einzusparen. Das entspräche rund 7,5 Prozent der heutigen weltweiten CO₂-Emissionen und dem 2,5fachen der CO₂-Reduktionsverpflichtungen der Industriestaaten nach dem Kyoto-Protokoll.

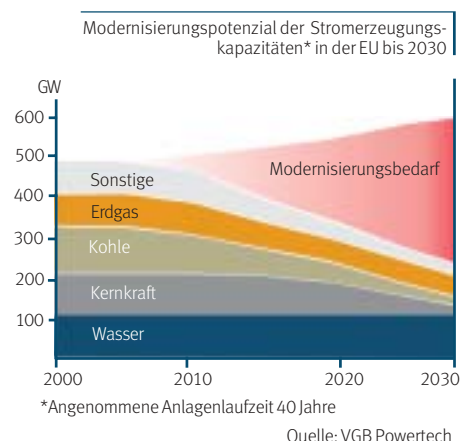
Zwischen 2010 und 2020 muss in Deutschland neue Kraftwerkskapazität in Höhe von 40 GW errichtet werden, in der gesamten EU sind es sogar 200 GW. Der durch einen intensiven Wettbewerb geprägte Strommarkt Europas wird nach Ansicht der Bundesregierung dafür sorgen, dass für Neubauprojekte die Wirtschaftlichkeit von entscheidender Bedeutung sein wird. Mit dem Forschungsprogramm COORETEC (Forschungs- und Entwicklungsprojekt für emissionsarme fossil befeuerte Kraftwerke) soll dafür gesorgt werden, dass der Erneuerungsprozess zügig und erfolgreich in Gang gesetzt wird. Zwar habe das Dampfkraftwerk bereits einen hohen technischen Stand erreicht und weise heute Wirkungsgrade von 46 Prozent beim Einsatz von Steinkohle und über 43 Prozent bei Braunkohle auf. Durch Verbesserung der Strömungsmechanik, Thermodynamik, verbesserte Werkstoffe und neue Kohletrocknungstechniken lasse sich der Wirkungsgrad innerhalb des nächsten Jahrzehnts auf circa 51 Prozent steigern, schreibt die Bundesregierung. Bei Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerken (GuD) lässt sich der Wirkungsgrad durch weitere Verbesserungen an der Gas- und der Dampfturbine von heute 58 Prozent auf rund 62 Prozent erhöhen. Diese Modernisierungsstrategie berge ein CO₂-Reduktionspotenzial von rund 30 Prozent gegenüber dem derzeitigen Stand der Technik. Mittelfristig können Kombi-Technologien auf Kohlebasis zur Anwendung kommen, die bereits heute in der Erprobung oder Entwicklung sind. Hierzu zählen insbesondere die Kohlevergasung und die Weiterentwicklung der Wirbelschichtfeuerung. Zu den langfristig aussichtsreichen Entwicklungen zählt die Bundesregierung sogenannte Hybridprozesse, eine Kombination aus Gasturbinen und Brennstoffzellen.

Entwicklung des Welt-Stromverbrauchs 1980 - 2030 in Petawattstunden (PWh)



Quelle: IEA

Für CO₂-Einsparungen von mehr als 30 Prozent gegenüber der derzeit verfügbaren Kraftwerkstechnik muss das Kohlendioxid möglichst vollständig abgeschieden und sicher gespeichert werden. Geeignete Verfahren wie die Rauchgaswäsche, die Kohlevergasung oder der Ersatz der Verbrennungsluft durch reinen Sauerstoff sind bekannt oder werden in anderen Bereichen bereits eingesetzt. Allerdings ergeben sich zum Teil erhebliche Wirkungsgradeinbußen und ein deutlich erhöhter Investitionsbedarf. Bei allen diskutierten Prozessen sind CO₂-Abscheidungen von mehr als 90 Prozent möglich. Eine Verwertung des komprimierten und verflüssigten Kohlendioxids erscheint praktisch nicht möglich. Diskutiert wird deshalb die Lagerung in ausgeförderten Gasfeldern oder in anderen geologischen Formationen. Bis 2020 sollen Techniken und Konzepte vorliegen, die Kohlendioxid für höchstens 30 Euro je Tonne abscheiden und den Anlagenwirkungsgrad nicht unter den derzeitigen Stand absenken. Die Bundesregierung plädiert wegen des erheblichen Forschungs- und Entwicklungsbedarfs bei Fragen der CO₂-Abscheidung und Lagerung zunächst für die Ausschöpfung aller anlagentechnischen Möglichkeiten zur Wirkungsgraderhöhung. Weder der Umwelt noch der Versorgungssicherheit sei mit Sprung-Innovationen über Jahrzehnte gedient, erklärte Staatssekretär Adamowitsch.



ENERGIEAGENTUR

Regenerative Energien brauchen fossil befeuerte Kraftwerke

Berlin – Die Deutsche Energie Agentur (dena) rechnet selbst bei erheblicher Ausschöpfung von Effizienz- und Einsparpotentialen im Jahre 2020 mit einem Stromverbrauch von bis zu 590 Terawattstunden (TWh) in Deutschland. Trotz der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf bis zu 20 Prozent, sei ein Zubau für 100 bis 120 TWh an fossilen Stromerzeugungskapazitäten notwendig, um den Gesamtbedarf zu decken, erklärte dena-Geschäftsführer Stephan Kohler vor Journalisten in Berlin. Hinzu komme die Unverzichtbarkeit fossiler Kraftwerke für die Bereitstellung von Reserve- und Ausgleichsenergie für un stetig einspeisende Windstrom-Anlagen.

KRAFTWERKE

Positive Vor-Entscheidung für BoA 2

Essen – Der Essener Energiekonzern RWE hat den Genehmigungsantrag für ein neues Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik (BoA) gestellt. Geplant ist die Errichtung eines Monoblockes oder einer Doppelblockanlage mit einer Nettoleistung von je 1 050 Megawatt (MW) und einem Wirkungsgrad von über 43 Prozent am Standort Neurath im Rheinischen Braunkohlenrevier. Die Inbetriebnahme wird frühestens für das Jahr 2010 erwartet. RWE rechnet mit Investitionen von rund 1,2 Milliarden Euro für einen Kraftwerksblock, beziehungsweise etwa zwei Milliarden Euro für eine Doppelblockanlage. Die Anlage (BoA 2) soll alte Kraftwerksblöcke ersetzen. Die bereits bestehende BoA am Standort Niederaußem habe gezeigt, dass durch eine Steigerung des Wirkungsgrades drei Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden können. Auf der Basis dieses technischen Konzepts soll das neue Kraftwerk einen weiteren Beitrag zur effizienten und umweltverträglichen Stromerzeugung leisten. Darüber hinaus trägt die BoA 2 zur Sicherung der Arbeitsplätze im Rheinischen Braunkohlenrevier bei. Die endgültige Bauentscheidung will RWE erst nach Abschluss des Genehmigungsverfahrens und auf

Grundlage einer auch langfristig gesicherten Wettbewerbsfähigkeit des Projekts fällen, erklärte Konzernchef Harry Roels in Berlin anlässlich des Kongresses 'Innovative Technologien zur Stromerzeugung'. Eine zentrale Voraussetzung für das Projekt sei die Ausgestaltung des Nationalen Allokationsplanes für den Handel mit CO₂-Zertifikaten. Erst wenn die zwischen den zuständigen Ministerien vereinbarten Regelungen in einem Gesetz verabschiedet und von der EU genehmigt sind, sei die notwendige Investitionssicherheit gegeben, sagte Roels.

NAP-GESETZ

Braunkohle sieht Nachbesserungsbedarf

Köln – Die deutsche Braunkohlenindustrie begrüßt den im geplanten Gesetz über den Nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgasemissionsberechtigungen (NAP-Gesetz) gefundenen Kompromiss, weist aber vor der parlamentarischen Verabschiedung auf Unstimmigkeiten hin. Entbehrlich sei die Malus-Regelung für Kraftwerke mit einem Alter von mehr als 30 Jahren. Durch die Ersatzanlagenregelung beinhalte der Gesetzentwurf bereits einen starken Anreiz zur Errichtung neuer effizienter Anlagen. Die Malusregelung wirke dagegen wie eine Strafsteuer, weil Altanlagen bereits ab 2008 mit einem verschärften Erfüllungsfaktor belegt werden und im verbleibenden Zeitraum eine Ersatzanlage weder errichtet noch in Betrieb genommen werden kann. Die Verknüpfung der Zertifikatzuteilungen für zusätzliche Neuanlagen mit einem Grenzwert für den CO₂-Ausstoß sollte nach Ansicht der Braunkohlenindustrie gestrichen werden. Der gewählte Grenzwert von 750 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde Strom (g CO₂/kWh) könne selbst von modernsten Steinkohlekraftwerken an günstigen Küstenstandorten kaum erreicht werden. Für moderne Braunkohlenkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 43 Prozent wären Werte von etwa 950 g CO₂/kWh erforderlich. Nachvollziehbare Gründe für die gewählte Grenzwertregelung sind nach Ansicht der Braunkohlenindustrie nicht erkennbar. Vielmehr werde der Einsatz des einzigen heimischen Energieträgers, der langfristig im internationalen Wettbewerb bestehen kann, diskriminiert. Besonders benachteiligt werden mögliche Kraftwerkstandorte in den neuen Bundesländern. Die deutsche Braunkohlenindustrie macht außerdem darauf aufmerksam, dass frühe Emissionsminderungen insbesondere in ostdeutschen Kraftwerken nicht hinreichend berücksichtigt werden. Außerdem sollten die prozessbedingten CO₂-Emissionen bei der Rauchgasreinigung analog zu anderen Branchen mit dem Erfüllungsfaktor 1 ausgestattet werden.

BRAUNKOHLE

Förderung bleibt auf Vorjahresniveau

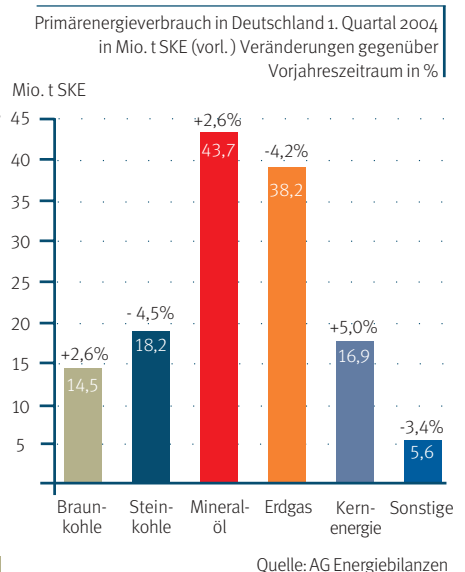
Köln – Die Braunkohlenförderung in Deutschland wird in diesem Jahr nach bisherigen Planungen mindestens die Höhe des Vorjahres erreichen. Der Bundesverband Braunkohle (DEBRIV) rechnet mit einer Gesamtförderung von knapp unter 180 Millionen Tonnen (Mio. t). Rund 166 Mio. t der Förderung werden voraussichtlich zur Stromerzeugung eingesetzt, etwa 0,6 Prozent mehr als im Jahre 2003. Bei den Veredelungsprodukten rechnet der DEBRIV mit einem zweistelligen Produktionsrückgang bei Briketts. Demgegenüber wird die Herstellung von Braunkohlenstaub um etwa ein Prozent, die Koks-

produktion um 15 Prozent und der Absatz von Wirbelschichtkohle um knapp zwei Prozent zunehmen. Die Zahl der in der deutschen Braunkohlenindustrie, einschließlich Braunkohlenkraftwerke, Beschäftigten geht im Laufe des Jahres um etwa 1 000 auf 24 400 zurück. Die Investitionen der deutschen Braunkohlenindustrie werden mit etwa 560 Millionen Euro das Niveau des Vorjahres erreichen. ■

ENERGIEVERBRAUCH

Braunkohle und Kernkraft legen zu

Berlin – Der Verbrauch an Primärenergien lag in Deutschland im ersten Quartal des laufenden Jahres mit rund 137 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) um 0,3 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Verbrauchsmindernd, so die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen), wirkte vor allem die mildere Witterung. Zum Verbrauchsanstieg von 2,6 Prozent beim Mineralöl trugen vor allem der kräftige Bedarfszuwachs an Chemiefuel (plus acht Prozent) und Dieselfuel (plus fünf Prozent) bei. Der Verbrauch an leichtem Heizöl erhöhte sich nur leicht, alle anderen Produkte verzeichneten Rückgänge. Die gegenüber dem Vorjahr deutlich wärmere Witterung wirkte sich vor allem auf den Erdgasverbrauch aus. Insgesamt sank der Erdgasverbrauch in den ersten drei Monaten um 4,2 Prozent. Rückläufig war auch der Verbrauch an Steinkohlen wegen des niedrigeren Bedarfs der Elektrizitätswirtschaft. Der Bedarf der Stahlindustrie bewegte sich auf Höhe des Vorjahreszeitraums. Deutlich zulegen konnten die Grundlast-Verstromungsenergien Braunkohle mit einem Plus von 2,6 Prozent und die Kernkraft mit einem Zuwachs von fünf Prozent. Auch die Stromerzeugung aus Wind und Wasser stieg nach Berechnungen der AG Energiebilanzen „beträchtlich“. Die Stromexporte lagen „erheblich über dem Vorjahr,“ teilte die AG Energiebilanzen weiter mit. ■



KYOTO-PROTOKOLL

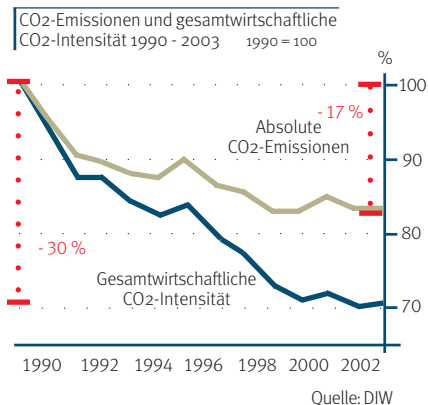
Kompromiss bei JI/CDM-Richtlinie

Brüssel – Beim geplanten Handel mit Emissionszertifikaten für Kohlendioxid können sich EU-Mitgliedsstaaten auch Reduktionserfolge aus sogenannten projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls anrechnen lassen. Auf einen entsprechenden Kompromiss haben sich kürzlich das Europäische Parlament und der Ministerrat geeinigt. Reduktionserfolge aus sogenannten CDM-Maßnahmen (Clean Development Mechanism – Klimaschutzprojekte mit Entwicklungsländern) können bereits in der ersten Handelsperiode ab 2005 angerechnet werden, JI-Maßnahmen (Joint-Implementation-Projekte – Klimaschutzprojekte mit anderen Industrieländern) sollen optional ab 2008 zugelassen werden. Auf eine Begrenzung der anrechenbaren Reduktionserfolge außerhalb des jeweiligen Mitgliedstaates wird verzichtet und liegt im Ermessen der einzelnen Länder. Zertifikate aus Senken sowie aus Kernenergie-Projekten bleiben ausgeklammert, CO₂-Einsparungen aus großen Wasserkraftanlagen unterliegen Beschränkungen bei der Anerkennung. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft hat den erzielten Kompromiss begrüßt, weil damit auch besonders kostengünstige Reduktionspotenziale ausgeschöpft werden können. Kritiker befürchten, dass EU-Mitgliedsstaaten, die hinter ihren Reduktionsverpflichtungen aus dem EU-Burden Sharing zurückliegen, nunmehr vermehrt Emissionszertifikate aus projektbezogenen Mechanismen an Stelle nationaler Reduktionsziele nutzen werden. ■

KLIMASCHUTZ

Industrie leistet größte Beiträge

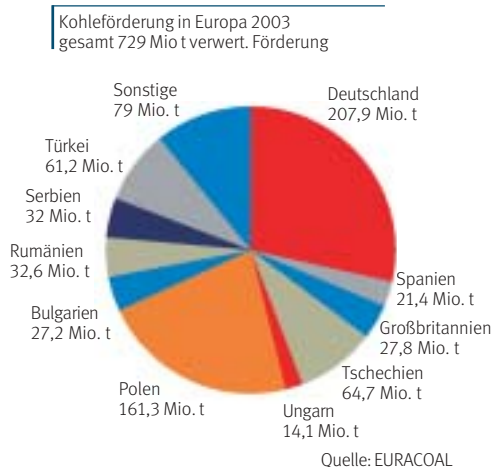
Berlin – Der Ausstoß von Kohlendioxid ist in Deutschland 2003 um 0,4 Prozent auf knapp 837 Millionen Tonnen (Mio. t) gestiegen. Zu diesem Anstieg trugen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vornehmlich Steinkohle und Erdgas bei. Die Emissionen aus der Verbrennung von Mineralölprodukten und Braunkohle sind dagegen erheblich gesunken. Ausschlaggebend für die Entwicklung war die deutlich kühlere Witterung. Temperaturbereinigt wären die CO₂-Emissionen um etwa 0,6 Prozent zurückgegangen. Insgesamt lagen die CO₂-Emissionen im vergangenen Jahr um 17 Prozent unter dem für die Erreichung der Kyoto-Ziele relevanten Basisjahr 1990. Je Einwohner liegt der CO₂-Ausstoß in Deutschland derzeit bei 10,2 Tonnen pro Jahr, etwa 20 Prozent weniger als 1990. Ebenfalls stärker als die absoluten Emissionen ist die gesamtwirtschaftliche Emissionsintensität - gemessen als Verhältnis der Emissionen zum realen Bruttoinlandsprodukt - zurückgegangen. Je Einheit des Bruttoinlandsprodukts wurden 2003 rund 30 Prozent weniger Kohlendioxid ausgestoßen als 1990, errechnete das DIW. Dies belegt die großen Anstrengungen vor allem der Industrie und der Energiewirtschaft bei der CO₂-Vermeidung.



EUROPA

Deutschland ist größter Kohlenproduzent in Europa

Brüssel – Der Kohlenverbrauch in Europa erreichte 2003 eine Höhe von rund 900 Millionen Tonnen (Mio. t). Davon entfielen nach aktuellen Erhebungen der European Association for Coal and Lignite (EURACOAL) 200 Millionen Tonnen auf die heimische Steinkohlenförderung, 500 Mio. t auf Braunkohle und 200 Mio. t auf Importkohle. Größter europäischer Kohlenproduzent ist Deutschland, das im vergangenen Jahr 28,8 Mio. t Steinkohle und knapp 180 Mio. t Braunkohle förderte. Weitere wichtige Bergbauländer sind Großbritannien, Spanien, Tschechien, Polen sowie Griechenland. 2003 stammten 27 Prozent der gesamten europäischen Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle. In der erweiterten EU erhöht sich dieser Anteil auf knapp ein Drittel.



VERSORGUNGSSICHERHEIT

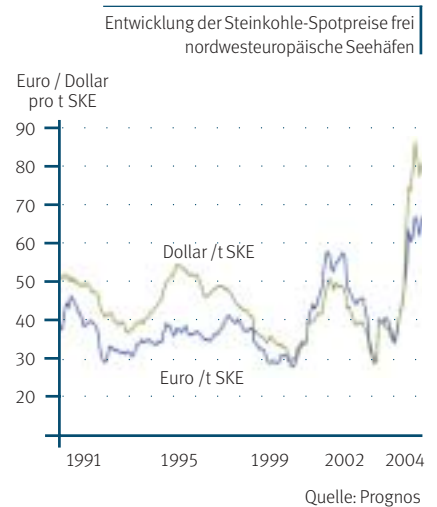
Ein Wert an sich

Düsseldorf – „Nordrhein-Westfalen hat mit seiner von Kontinuität geprägten Kohlepolitik stets auf den Aspekt Versorgungssicherheit hingewiesen und die Kohlehilfen als Versicherungsprämie für eine sichere Energieversorgung angesehen,“ erklärte NRW-Energieminister Axel Horstmann angesichts der aktuellen Versorgungsengpässe bei Koks und Koks-kohle. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sei in der Vergangenheit mit Hinweis auf niedrige Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt für ihre Kohlepolitik heftig angegriffen worden. Heute, so Horstmann, „erleben wir dagegen, dass Versorgungssicherheit wieder ein Wert an sich und kein Hilfsargument ist.“ Es habe sich als fahrlässig erwiesen, mit dauerhaft niedrigen Preisen zu rechnen und den Ausstieg aus dem Einsatz heimischer Energieträger zu betreiben.

KONJUNKTUR

Koks wird in den Industrieländern knapp

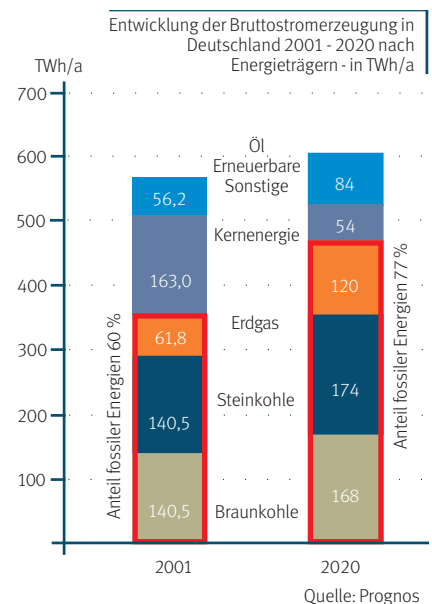
Essen – Während von China ausgehend der Weltstahlverbrauch eine kräftige Nachfrage nach Roheisen und somit nach Koks entfaltet, wurden insbesondere in den Industrieländern erhebliche Kokereikapazitäten abgebaut, schreibt der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) in einer aktuellen Analyse zur Preis- und Versorgungssituation mit Koks und Kokskohle. Zwischen 1999 und 2003 sanken die Kokereikapazitäten in Europa um 8,2 Millionen Tonnen (Mio. t) auf 53,6 Mio. t. Eine ähnliche Entwicklung sei auch in den USA zu beobachten. Im selben Zeitraum weitete China seine Kokserzeugung kräftig von 121 auf fast 162 Millionen Tonnen aus, so dass trotz dynamisch steigender Stahlerzeugung erhebliche Koksmengen für den Export bereit standen. Mit etwa 4,8 Millionen Tonnen hatte Europa 2003 einen Anteil von 33 Prozent an den chinesischen Koksexporten. Andererseits zeigt die Versorgung Westeuropas mit Koks aus Osteuropa eine deutlich fallende Tendenz. Die weltweit steigende Koksnachfrage löste seit Anfang 2002 einen steilen Aufwärtstrend bei den Kokspreisen aus. Gegenüber etwa 70 US-Dollar für die Tonne Koks Anfang 2002 werden inzwischen Spitzenpreise von bis zu 450 US-Dollar gezahlt. In Deutschland haben mehrere Stahl-Standorte bereits Versorgungsprobleme gemeldet. Die weiterverarbeitende Metallindustrie habe Probleme, die höheren Preise für Stahl an ihre Abnehmer weiterzugeben, schreibt der Gesamtverband. Mit einer kurzfristigen Entspannung werde nicht gerechnet. Stahlunternehmen, die ihren Koksbedarf bisher auf dem Weltmarkt decken, fordern jetzt eine Ausweitung der inländischen Kokereikapazitäten.



NACHHALTIGKEITSRAT

Bundesregierung soll sich mehr für fossile Energieträger einsetzen

Berlin – Der von der Bundesregierung eingesetzte „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ vertritt die Ansicht, dass das Thema Kohle im „energiepolitischen Streit falsch besetzt ist.“ Der Vorsitzende des Rates, Volker Hauff, erklärte in Berlin: „Subventionen und Umweltbelastungen verkürzen die Diskussion unzulässig.“ Im politischen Streit über diese Punkte blieben andere wichtige Punkte außer Acht. Hauff zählt hierzu die Industriepolitik, den langfristigen Ressourcenschutz, die Versorgungssicherheit und Langfristziele der Klimapolitik. Besonders aber mache der aktuelle Streit über die fossilen Energieträger auf ein „systematisches Defizit der Energiepolitik Deutschlands aufmerksam“. Es fehle der grundsätzliche Orientierungsrahmen. Die 2002 von der Bundesregierung verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie fordere, dass Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt neben sozialen und wirtschaftlichen Aspekten stehen. Nachhaltigkeit sei nicht die „Fortsetzung der Umweltpolitik unter einem anderen Label“, sondern eine Entwicklung, die den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt, eine intakte Umwelt erhält und die Ressourcen schont. Hauff mahnte an, dass in Deutschland „die wirtschaftliche, unternehmerische und politische Justierung noch nicht stimmt“. Notwendig sei auch eine „Perspektive für die fossilen Energieträger.“ Hauff zeigte sich überzeugt, dass eine „fossile Energiebereitstellung sauber und frei von CO₂ zu machen“ sei. Der Nachhaltigkeitsrat warnt davor, Kohle und andere fossilen Energieträger gegen die Erneuerbaren und Energieeinsparung auszuspielen. Vor allem mit Blick auf die Weltenergieversorgung werden alle Energieformen – auch die fossilen – benötigt. Eine Dekarbonisierung, also der Ausstieg aus den fossilen Energie-



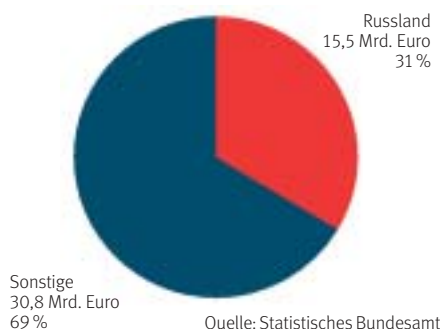
trägern, ist nach Überzeugung des Nachhaltigkeitsrates „keine Perspektive für die globale Energieversorgung“. Deutschland und Europa sollten vielmehr „Führungsverantwortung auf dem Weg in die saubere Kohlenutzung übernehmen“. Kohle werde international weiter und „eher verstärkt“ eingesetzt und auch zukünftig relativ versorgungs- und preissicher zu beziehen sein. Hauff erinnerte daran, dass „unsere Mobilität heute nahezu vollständig vom Öl abhängt“. Ein wachsender Anteil des Energieverbrauchs in Deutschland und der EU werde zudem von außereuropäischen Gasimporten mit „sehr einseitiger Abhängigkeit“ gedeckt. Vor diesem Hintergrund spreche sich der Nachhaltigkeitsrat für „ein konditioniertes Ja zur Kohle“ aus, sagte Hauff. Es sei wichtig, beim Einsatz von Kohle noch stärker auf Effizienz zu achten, um die notwendigen Emissionsreduktionen zu erreichen. Hauff plädierte, dafür zu sorgen, dass „noch in der Periode der Erneuerung des deutschen Kraftwerkparks“ erste Anlagen zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid verwirklicht werden.

JUBILÄUM

50 Jahre Statistik der Kohlenwirtschaft

Essen – Die Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., im Jahre 1954 hervorgegangen aus der Deutschen Kohlenbergauleitung (DKBL), nimmt heute als privatwirtschaftlich organisierte Gemeinschaftseinrichtung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Braunkohlenindustrie für die Unternehmen statistische Aufgaben gegenüber den Bergbehörden, dem Statistischen Bundesamt, den statistischen Landesämtern, der europäischen Gemeinschaft sowie Bundes- und Landesministerien wahr. Für das Bundeswirtschaftsministerium ist der Verein im Wege der Amtshilfe bei der Erfüllung nationaler Berichtspflichten gegenüber internationalen Institutionen tätig. Als Bindeglied zwischen berichtspflichtigen Unternehmen und der amtlichen Statistik bildet der eingetragene Verein eine in Deutschland einzigartige Konstruktion, die nach übereinstimmender Meinung Unternehmen entlastet und eine hohe Qualität der Branchenstatistik und ihrer Methodik sichert. Die Statistik der Kohlenwirtschaft, getragen vom Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) und dem DEBRIV wurde am 8. März 1954 gegründet.

Wert der Energieimporte Deutschlands 2003
gesamt 46,3 Mrd. Euro



VERSORGUNGSSICHERHEIT

Abhängigkeit von Russland steigt

Wiesbaden - Die Energielieferungen Russlands nach Deutschland hatten im vergangenen Jahr nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes einen Gesamtwert von rund 15,5 Milliarden Euro und machten damit ein Drittel der gesamten außenwirtschaftlichen Energierechnung Deutschlands aus. Russland deckte 2003 rund 31 Prozent der deutschen Rohölimporte und erlöste aus den Lieferungen knapp neun Milliarden Euro. Russland ist zudem wichtigster Erdgaslieferant mit einem Anteil von 44 Prozent an den deutschen Importen im Wert von 6,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen Kohlelieferungen im Wert von etwa 130 Millionen Euro.

Herausgeber:

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle
- Öffentlichkeitsarbeit -
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Postfach 40 02 52
50832 Köln

Tel: 0 22 34 / 18 64 0
Fax: 0 22 34 / 18 64 18
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de

(Eintragung in den e-mail-Presserverteiler unter:
www.braunkohle.de „Presseservice“)